

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln  
Ratsgruppe GUT

An die Vorsitzende  
des Ausschusses Kunst und Kultur  
Frau Dr. Eva Bürgermeister

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses Schule und Weiterbildung  
Herrn Dr. Helge Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 28.01.2020

**AN/0179/2020**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Kunst und Kultur	28.01.2020
Ausschuss Schule und Weiterbildung	09.03.2020

**NSDOK: Gebühren für Schülerinnen und Schüler abschaffen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrte Frau Dr. Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Dr. Schlieben,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnungen des Ausschusses Kunst und Kultur am 28.01.2020 und des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 09.03.2020 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat stellt fest, dass das NS Dokumentationszentrum leistet eine unverzichtbare pädagogische Arbeit in der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dessen Greuelthaten in der ehemaligen Zentrale der Kölner Gestapo am Appellhofplatz. Angesichts der öffentlich geführten Diskussion, Kölner Schulen zum Besuch des EL-DE-Hauses aufzufordern, hat das NS-Dokumentationszentrum anlässlich seines 40 jährigen Bestehens auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen hingewiesen, die wegen der aktuell wahrnehmbaren Demokratiefeindlichkeit besonders dringlich ist.

Der Rat unterstützt diese Bemühungen nachhaltig und sieht darin einen ganz zentralen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Er unterstreicht die herausragende bildungspolitische Bedeutung besonders für junge Menschen.

Er hält die Erhebung von Gebühren für die Führungen, die die Schulklassen aufbringen müssen, für kontraproduktiv. Gerade angesichts der Bedeutung demokratischen Bewusstseins sollte es im Interesse von Politik und Verwaltung liegen, allen Kölner Schülerinnen und Schülern den Zugang zu diesen Führungen zu ermöglichen. Für viele Schulklassen bedeutet die Erhebung von Gebühren für diese Führungen eine Barriere. Daher sollte sie abgebaut werden.

Die Verwaltung möge darstellen, wie auf die Erhebung der Gebühren für die Führungen und anderen pädagogischen Angeboten wie Workshops für Kölner Schulklassen im EL-DE-Haus verzichtet und dem NS-Dokumentationszentrum kurzfristig die dafür notwendigen 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden kann.

### **Begründung:**

Seit 40 Jahren leistet das NS-Dokumentationszentrum eine unverzichtbare Arbeit hinsichtlich der Aufklärung über die nationalsozialistische Zeit. Gerade die ehemalige Zentrale der Kölner Gestapo stellt dabei ein beschämendes Denkmal für das Leiden und die Morde des Nazi-Regimes in der Stadt Köln dar.

Köln hat als erste Stadt Deutschlands ein solches Dokumentationszentrum eingerichtet. Dieses hat bis heute Vorbildcharakter für die inzwischen in zahlreichen Städten Deutschlands entstandenen ähnlichen Zentren. Angesichts zunehmender rechtsextremer Aktivitäten und Gewalttaten sowie wachsenden Antisemitismus stellt gerade das EL-DE-Haus einen wichtigen Ankerpunkt der Aufklärung, der Information und der Prävention gerade für junge Menschen in Köln dar. Es wäre daher von herausragendem öffentlichem Interesse, die Führungen und andere pädagogische Angebote für Schulklassen kostenfrei anzubieten. Damit kann erreicht werden, dass über die zahlreichen Schulklassen aus der gymnasialen Oberstufe hinaus auch Schülerinnen und Schüler aus anderen Schulformen wie z.B. die Hauptschule erreicht werden können. Der Zugang zu Bildung sollte möglichst niedrigschwellig sein.

Bildung, besonders politische Bildung im Sinne der Aufklärung über die Zeit des Nationalsozialismus, ist angesichts wachsender rechtsextremer Gesinnung auch bei jungen Menschen eine zwingende Voraussetzung für die Sicherung und den Ausbau unserer demokratischen freiheitlichen Verfasstheit. So ist z.B. die Zahl der registrierten antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr um etwa 20 Prozent angestiegen. Fast 1800 Straftaten wurden 2018 in ganz Deutschland gezählt. Dieser Entwicklung kann durch intensive Aufklärung und Prävention entgegengewirkt werden. Das ist ein besonderer staatspolitischer Auftrag. Es ist nicht einzusehen, dass für diese wichtige Arbeit Kostenbeiträge erhoben werden.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke  
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein  
LINKE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thor Zimmermann  
Ratsgruppe GUT